

Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhofs 3606-3608. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld.

10 Pf. ^(Anwerbsz.) 15 Pf. Nr. 257

Berlin
MITTWOCH, 31. MAI 1933

Verantwortlich für den Gesamthalt: Dr. Gerhard Thimm, Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26.

MORGEN-AUSGABE

Dr. Greisler Staatssekretär

Hölscher zum Präsidenten des Kammergerichts ernannt

Im Zuge des neuen Personalplans in Preußen sind jetzt auch in der Justizverwaltung einige wichtige Personalveränderungen vorgenommen worden: Der Staatssekretär im Justizministerium Sölger wurde zum Präsidenten des Kammergerichts und Ministerialdirektor Dr. Greisler zum Staatssekretär im Preussischen Justizministerium ernannt.

Staatssekretär Sölger wird damit der Nachfolger Tzages, der vor sechs Wochen von seinem Posten als Präsident des Kammergerichts zurückgetreten war. Er hat die übliche juristische Karriere durchlaufen, trat 1923 als Ministerialrat in das Preussische Finanzministerium ein, wurde zwei Jahre darauf Vizepräsident des juristischen Kammerprüfungsamtes und ist seit Oktober 1927 Staatssekretär im Preussischen Justizministerium. Präsident Sölger ist 58 Jahre alt, er ist Rechtsanwalt in Aachen und gehört seit 1932 dem Preussischen Landtag als nationalsozialistischer Abgeordneter an.

Außer diesen beiden Ernennungen sind noch folgende Personalveränderungen in der Justizverwaltung vorgenommen worden: Der Senatspräsident beim Kammergericht Dr. A. Boller und der Landgerichtsdirektor und Amtsgerichtsrat Dr. Grohne vom Landgericht III Berlin sind als Ministerialdirektoren ins Justizministerium berufen worden. Im Ministerialrat wurden ernannt Amtsgerichtsrat Dr. Witte aus Danzig und Rechtsanwalt Stilling aus Nordhausen.

Kammergerichtsrat Giesch wurde (unter vorübergehender Ernennung zum Ministerialdirektor im Justizministerium) zum Senatspräsidenten und Vizepräsidenten des Kammergerichts ernannt. Der bisherige Vizepräsident und händliche Vertreter des Kammergerichtspräsidenten, Dr. Weber wurde in eine Senatspräsidentenstelle beim Kammergericht versetzt. Der Ministerialdirektor im Justizministerium Dr. Bürger ist in den Ruhestand getreten.

Der kommissarische Oberbürgermeister von Stettin, Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Staudert ist endgültig zum Ministerialdirektor im Preussischen Kultusministerium ernannt worden. Ministerialdirektor Schulze vom Ministerium für Wirtschaft und Arbeit wurde in den Ruhestand versetzt.

Kleine Entente hat „formelle Garantien“

Keine Einwendungen gegen den „entgifteten“ Viermächtepakt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PRAG, 30. MAI

In der heutigen ersten Sitzung des händigen Rates der Kleinen Entente in Prag nahmen die drei Außenminister den Austausch der Ratifikationsurkunden des Organisationspacts der Kleinen Entente, der am 16. Februar in Genf unterzeichnet worden war, vor.

Am Schluss des ersten Verhandlungstages wurde ein Communiqué ausgeben, das sich zunächst mit dem Viermächtepakt befaßt. Die drei Außenminister berufen sich auf die Genfer Erklärung des händigen Rates, die feststellte, daß jede Zusammenarbeit von Staaten zur ausschließlichen Regelung ihrer eigenen Fragen wünschenswert und nützlich sei, daß Abkommen, die über die Bedürfnisse der Völker verfügen, den guten internationalen Beziehungen nicht dienlich seien und daß die drei Außenminister ihren ausdrücklichen Wunsch hinsichtlich des Abfalls eines solchen Abkommens formulieren. Das antilige Communiqué stellt lobend fest:

„Mit Rücksicht auf die neuen Texte, welche die französische Regierung getreu der gemeinsamen Politik Frankreichs und der Kleinen Entente hier mitgeteilt hat, und mit Rücksicht auf die ausschließlichen Informationen, welche die Regierung der französischen Republik ihr im Verlauf der Verhandlungen fortlaufend gewährt hat, konstatiert der händige Rat der Kleinen Entente folgende Tatsachen: Die erste Version des Pacts, deren Inhalt der Grundgedanke des internationalen Rechts und den für alle an der Nationen aus dem Völkerbündnis sich ergebenden Nutzen widerspricht, wurde definitiv verlassen. Der neue, der drei Außenministern der Kleinen Entente mitgeteilte Text ist konform dem Memorandum der französischen Regierung vom 10. April, welches den Grundgedanke aufstellt, daß der Viermächtepakt sich nur auf Fragen beziehen kann, die ausschließlich die Interessen der Signatäre dieses Abkommens betreffen. Damit wurde den beiden Haupteinwendungen der Kleinen Entente entgegengekommen.“

Die Außenministern der Kleinen Entente nehmen die Versicherungen zur Kenntnis, die ihnen seitens der übrigen Vertreter der westlichen Großmächte als die Signatäre des eventuellen Viermächtepacts gegeben worden sind, und zwar bezüglich der Grenzen der Aktion, die sie zu unternehmen gedulden, bezüglich der absoluten Unantastbarkeit der Kompetenz des Völkerbundes, die die Signatäre des eventuellen Pacts nicht tangieren zu wollen erklären, und schließlich bezüglich des Erfordernisses der

Einstimmigkeit bei Anwendung des Artikels 19 des Völkerbundespacts.

Formelle Garantien wurden den Staaten der Kleinen Entente seitens der französischen Regierung auf Grund der früheren gegenseitigen Verpflichtungen gegen alle Bedrohungen einer Revision der Friedensverträge gegeben. Diese Garantien sind solcher Art, daß für die Kleine Entente kein Gefahr aus der Unterzeichnung des Pacts entstehen kann, und daß der Pakt nicht zu einem Abkommen werden kann, das direkt oder indirekt eine Revision der Grenzen ihrer Staaten herbeiführen könnte. Unter diesen Bedingungen wird die Kleinen Entente im Falle genügender Garantien dafür, daß der Viermächtepakt ihre Interessen nicht beeinträchtigen kann.

Das antilige Communiqué proklamiert sodann in feierlicher Weise die absolute Unantastbarkeit des Grundprinzips der drei Staaten in der Frage der Grenzrevision. Die drei Minister konstatieren, daß die Frage einer Revision der Grenzen ihrer Staaten für sie nicht existiert. Sie können grundsätzlich nicht zu lassen, daß auf einen Staat ein Druck zum Zwecke der Revision ausgeübt werde, da das Schicksal des Staatsgebiets ausschließlich von den verantwortlichen verfassungsmäßigen Faktoren und von den Parlamenten abhängt. Sie konstatieren, daß man durch die Ausführung der Revisionen auch die gegenseitigen Beziehungen der Staaten vergifte, indem unheilvolle Befürchtungen geweckt und dadurch die Hindernisse für die Normalisierung der Beziehungen zwischen den Staaten vergrößert werden.

Schließlich wurde auch die Abrüstungsfrage besprochen und der Plan der britischen Regierung als Grundlage der Verhandlungen über die künftige Konvention angenommen, wobei mit Ausnahme der Beitrag des Präsidenten Roosevelt zu der Idee der Eiderheit verzeichnet wird, die nichtsozialistischer noch im Sinne der letzten Beschlüsse des Sicherheitsrates, namentlich was die Definition des Angreifers anlangt, weiter weiter ausgedehnt werden müssen. Das Communiqué befaßt zum Schluss: „Indem die drei Staaten den Grundgedanken der Beförderung des Aufstiegsmaterials anerkennen, geben sie ihre Zustimmung zum Prinzip der Gleichberechtigung, welche etappenweise und im Rahmen der Eiderheit für alle Nationen verwirklicht werden muß. Außerdem haben sie beschlossen, möglichst auf einen je genauer Ausbau der effektiven Abrüstungskontrolle und der Kompetenz der händigen Abrüstungskommissionen zu drängen. Sie sind der Ansicht, daß bis zum Ende dieses Jahres alle Arbeiten der ersten Abrüstungskonferenz abgeschlossen sein sollen.“

„Antiliberale Freiheit“

Die Rede: Lieber die Freiheit im antiliberalen Staat, die Beteiligter von Papen vorgelesen in Bonn gehalten hat, wird man dankbar begrüßen. Sie stellt den Versuch dar, die Grundlagen einer Theorie des Staates und der Gesellschaft blozulegen. Man braucht nicht der Meinung zu sein, daß dieser Versuch schon gelöst ist, aber, wenn man auch zugeben, daß er Interesse erweckt und Aufmerksamkeit beansprucht darf.

Das, was der Beteiligter ausführt, ist in seinen einzelnen Teilen keineswegs neu. Es wäre auch übertrieben, „Neues“ beanspruchen zu wollen. Wir leben nicht in einer Zeit, in der die Gedanken wie Feuer des Heiligen Geistes vom Himmel strömen, sondern was ausgeprochen und gedacht wird, das hat beinahe schon seine lange Vorgeschichte, in das es vielfach eingewurzelt, überprüft, nachgedacht, wieder erwogen und formuliert wurde. Das Neue liegt vielmehr in der Gruppierung und der Ordnung der Gedanken, folgend in ihrer Permutation. Zweifelhaft ist dabei, wie weit die Gedanken des Beteiligters als repräsentativ für jede der Strömungen gelten können, welche die nationale Revolution vortragen haben. Er selber bezeichnet die Revolution als eine „konservative“. Nicht alle werden ihn diesen Namen geben oder müssen, nicht alle werden, daß sie den Namen verdienen. Aber der Anregungen und der Dispositionen können nicht genug sein.

Die Freiheit ist dem deutschen Volke deshalb gefährlich geworden — so führt der von Papen aus —, weil der Willensbildung von unten eine so schwache Willensbildung von oben, also kein eigentlicher Staatswille, gegenübersteht. Diese Feststellung ist nicht zu leugnen, und sie ist ein vortrefflicher Ausgangspunkt für mancherlei Überlegung allgemeiner Art. Weil die Willensbildung von unten mangelhaft funktioniert, wurde es absolut notwendig, die Willensbildung von oben zu stärken. Das autoritäre Moment mußte unbeherrschbar an Bedeutung und an Macht gewinnen, weil die Willensbildung von unten zu einem gemeinsamen staatlichen Ziel nicht mehr zusammenzuführen war, weil von ihr keine Autorität mehr ausging.

Der Nationalsozialismus hat sich der demokratischen Form des Appells an die Masse bedient, um an die Macht heranzukommen, und er hat sich zum Schluss in einem revolutionären Anlauf den Staat gefehert. Papen stellt die Frage, wie sich der neue Staat mit der politischen Masse um auseinandersetzen kann oder auseinandergehen soll. Ebenfalls könne man die Fortentwicklung der deutschen Zukunft niemals allein auf die Willenshintergründe für staatliche Souveränität, Ordnung und soziale Gerechtigkeit stützen. Der Beteiligter stellt fest, daß der Sinn für staatliche Souveränität sehr häufig durch übertriebene Intimität wie Demunziantentum und Stellenangereiht erzeugt werde, wobei er hinzufigt, daß dem nie anders gewesen sei. Ein Zustand, der gerecht und sittlich richtig ist, mag nicht abgehen darf, jene (scharfen) Stellen zu diagnostizieren und zu unterdrücken, aus denen solche Entartungserscheinungen sich entwickeln. Der Beteiligter weist weiter darauf hin, daß Parteibündnisse und Uniformen einen schlechten Kriterium dafür abgeben, wie nahe jemand dem Typus des idealen Bürgers im neuen Staat gekommen sei.

Wie gewinnt man also die Massen? Oder vielmehr: wie formt man die einzelnen Persönlichkeiten, aus denen die Massen sich zusammensetzen? Ein Erziehungsbefehl ist zur Willensbildung und kulturellen Vereinhaltung des Volkes selbst Papen ab. Man könne freilich den kritischen Sinn eines Volkes vorübergehend betäuben, um eine geistige Stille bieten, die seine Vorstellungen in ganz bestimmte Bahnen lenkt, aber es sei doch fraglich, ob man damit nicht in Methoden zurückfalle, die längst als abträglich erkannt sind. „Die Kunst der Erziehung befinde gerade darin, den Geist eines Menschen so zu leiten, daß er sich durch alle Kritik hindurch für eine bestimmte ungewollte Handlung selbst entscheidet.“

Herr von Papen hat seine Rede damit eingeleitet, daß man sich über die Verneinung der liberalen Freiheitsbegriffe so wohl einig sei. Aber bei den Worten über die Kunst der Erziehung kann man schließlich den Gedanken jense, die den liberalen Freiheitsbegriff nicht verneinen, dem Redner vollständig zustimmen. Man wüßte nicht, daß die geistige deutsche Entwicklung von 1750 bis 1850, in der der deutsche liberale Freiheitsbegriff geformt wurde, zu einem anderen Freiheitsbegriff gelangt wäre als dem, welches besonders in den Worten „durch alle Kritik hindurch“ erspönd zum Ausdruck ge-